

Bezugspreis:
Monatlich in Neuenburg RM 1.50.
Durch die Zeit im Ost- und Ober-
amtsbezirk, sowie im sonstigen in-
ländischen Bezirke RM 1.50 mit
Postzuschlag. Preis freibleibend.
Preis einer Nummer 10 Pf.
In Fällen höherer Gewalt besteht
kein Anspruch auf Lieferung der
Zeitung oder auf Rückerstattung
des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Post-
ämter, sowie Agenturen und
Kaufmännern jederzeit entgegen.
Preisänderung RM 4.
Verleger Dr. H. del der Oberamts-
Sperrliste Neuenburg.

Der Enztöler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenburg

Druck und Verlag der Neuenburger Buchdruckerei (Inhaber Fr. Bisfinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Bisfinger in Neuenburg.

Anzeigenpreis:
Die einseitige Textzeile über
berem Raum zu 10 Pf. (Kleinanzeigen
zu 5 Pf. Anzeigenpreis 100 Pf.)
Zusätzlich 20 Pf. für die ersten
Erstausgabe zu 10 Pf. Bei größeren
Aufträgen Rabatt, der im Falle
des Abnahmefalles rückwärts
geht, ebenso wenn die Zahlung
nicht innerhalb 8 Tagen nach Ab-
schluß des Anzeigens erfolgt. Bei Ver-
änderungen treten sofort alle früheren
Vereinbarungen außer Kraft.
Verständlich für beide Teile ist
Neuenburg. Für teile, Aufträge
wird keine Gewähr übernommen.
Erstausgabe täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Nr. 141 Samstag den 20. Juni 1931 89. Jahrgang

Bedeutungsvolle Erklärungen Hoovers

Washington, 19. Juni. Präsident Hoover erklärte heute über die bereits gemeldeten Besprechungen im Weißen Haus, er habe mit mehreren Führern beider politischen Parteien über Maßnahmen gesprochen, die geeignet seien, zur wirtschaftlichen Wiedergewinnung sowohl in den Vereinigten Staaten als im Ausland beizutragen und insbesondere eine Stärkung der Lage in Deutschland herbeizuführen. Man sei sich noch nicht über bestimmte Pläne schlüssig geworden, aber die Art, in der die Vertreter beider Parteien auf die Angelegenheit eingegangen seien, sei durchaus befriedigend gewesen.

Besprechungen im Weißen Haus

London, 19. Juni. Aus Washington wird berichtet, die Wichtigkeit der Besprechungen, die Präsident Hoover heute abgehalten hat, einer bereits wiedergegebenen Reitermeldung zufolge sollen sie sich auf die europäische Finanzlage beziehen, kann an den Persönlichkeiten ersehen werden, die herangezogen wurden. Der Präsident hatte zuerst eine längere Unterredung mit dem Staatssekretär Stimson, hierauf eine mit den Führern der beiden Senatsfraktionen und anschließend daran eine mit dem Untersuchungssekretär Mills. Der Präsident der Senatskommission für die Finanzen, Smoot, ist mittels telegraphischer Nachrichten nach Washington bezogen worden. Die Konferenzen selbst wurden dann am Nachmittag fortgesetzt. Hoover empfing

den Untersuchungssekretär Klein, der Sachverständiger für Fragen des Außenhandels ist und eines der ältesten Mitglieder der Finanzkommission des Repräsentantenhauses, Goodarath. — Die Reiter berichtet, wird das Eingreifen des Präsidenten in Zusammenhang gebracht mit den gestrigen Unterredungen zwischen Mellon und Macdonald in London und zeigt, wie man glaubt, daß eine wichtige Entscheidung über die amerikanischen und europäischen Finanzen im Gange ist.

Amerikanisches Echo der Hoover-Erklärung

Washington, 19. Juni. Im Zusammenhang mit der Erklärung Hoovers über wirtschaftliche Wiedergewinnung wird noch ergänzend gemeldet, daß Präsident Hoover mit den Senatoren Reed, Smoot, King und Glas und mehreren Abgeordneten Besprechungen führte und längere Konferenzen mit Staatssekretär Stimson und Schatzsekretär Mills hatte. In der amerikanischen Presse wird die Erklärung Hoovers als ein historisches Dokument bezeichnet und als Beweis für die Erkenntnis, daß sich Amerika dem Ernst der Lage nicht länger entziehen könne. Weder die Pläne Hoovers geben die Vermutungen dahin, daß Deutschland nicht durch Herabsetzung der interalliierten Kriegsschulden, sondern durch langfristige Kredite geholfen werden solle. „Baltimore Sun“ will aus fester Quelle erfahren haben, daß Hoover den Alliierten einen dreijährigen Zahlungsaußschuß unter der Bedingung gewähren wolle, daß sie in dieser Zeit von Deutschland keine Reparationen verlangen.

Schwere Sorgen des Reichsbankpräsidenten

Wie bereits gemeldet, wird sich das Reichskabinett noch in dieser Woche mit der Revision der Weimarer Verfassung befassen. Die Schwierigkeit für die Reichsregierung liegt in dem Termin, zu dem sie die offizielle Aktion zur Revision des Youngplans einleiten soll. Die Annahme des Youngplans ist ja nur der erste Schritt zur Aufstellung des Reparationsproblems sein. Aber gerade deswegen, weil also die Reichsregierung eine grundsätzliche Revision des Youngplans erstrebt, müssen die Schritte der Reichsregierung besonders genau überlegt sein. Die Kollegen, die Dr. Brüning und Dr. Curtius den englischen Ministern in Chequers gemacht haben, sind, so wie die wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Verhältnisse in Deutschland sich inzwischen entwickelt haben, kaum noch aufrechtzuerhalten. Reichsbankpräsident Dr. Luther hat in den Besprechungen der letzten Tage mit den Parteiführern Klipp und klar erklärt,

er wisse im Augenblick noch nicht, wo er die Deutschen hernehmen solle, am Mitte Juli die fälligen Youngzahlungen aufzubringen.

Schnelles Handeln ist also unbedingt geboten. Auf der anderen Seite aber will Dr. Brüning den amerikanischen Staatssekretär Stimson vor seiner Ankunft in Berlin nicht vor vollendeten Tatsachen stellen. Aus diesem Grunde dürfte eben das Kabinett immer noch mit seiner Entscheidung, obwohl finanziell kein Zweifel mehr darüber besteht, daß Deutschland mit seinem Reparationsverpflichtung nicht länger warten kann. Es war bisher Glaubenssatz der ganzen europäischen Diplomatie, daß die Amerikaner an die Schuldenerregung erst nach der Durchführung der Abrüstung und nach der Präsidentenwahl herantreten würden, weil keine der beiden Parteien den Mut aufbringen würde, ein so gefährliches Thema, das ja unmittelbar die amerikanischen Steuerzahler belastet, vor dem Wahlkampf in Angriff zu nehmen. Darin scheint nunmehr aber ein

grundständlicher Wandel eingetreten zu sein. Herr Hoover, der bisher im Gegensatz zu Wallstreet von irgendwelcher finanzieller Vermittlung in Europa nichts wissen wollte, hat erkannt, daß er nach seiner an sich schließlichen Amtszeit irgendeinen schätzbaren Erfolg braucht, wenn er für sich selbst oder für seine Partei bei den Wahlen überhaupt Aussicht behalten will. Er hat sich deshalb die Rolle zugesagt, daß er als dem europäischen Theater erscheint und die drohende Finanzkatastrophe verhindern könnte. Die Rolle seiner beiden wichtigsten Ratgeber Mellon und Stimson spricht jedenfalls dafür, wie wichtig für ihn Europa plötzlich geworden ist. Dabei scheint die Absicht zu bestehen, daß

Deutschland ein mehrjähriger Zahlungsaußschuß bewilligt wird in der Form, daß die Vereinigten Staaten und zu gleichem Zweck eine Anzahl bewilligen, die groß genug wäre, die Kriegsschulden von einigen Jahren zu zahlen. Mit diesen Plänen werden die amerikanischen Staatssekretäre vermutlich Mitte Juli nach Berlin kommen, nachdem sie vorher schon in England und Frankreich den Boden sondiert haben.

Warschau, 19. Juni. Bei Stork im nordöstlichen Kongresspalast hat gestern Abend in eine Szene, in der eine Schar Knaben vor dem Gemälde Schuß erlitten haben, ein Blut eingeschlagen. Die Knaben bluteten sich unter Führung eines Offiziers und eines Unteroffiziers auf einer Feldbahnübung. Der Blutschlag löste fünf Knaben und einen Leutnant. 18 Knaben erlitten schwer, 30 leichte Verletzungen.

Der Reichsverband der deutschen Industrie zur Wirtschafts- und Finanzlage

Berlin, 19. Juni. Der Hauptauschuss des Reichsverbandes der deutschen Industrie trat heute bei zehntägiger Beteiligung aus allen Teilen des Reiches unter dem Vorsitz von Dr. C. Duisberg zu einer Tagung in Berlin zusammen, in der die augenblickliche Lage des deutschen Volkes eingehend erörtert wurde. Das Hauptreferat mit dem Thema „Wie stehen wir wirtschafts- und finanzpolitisch?“ erhaltete an Stelle des durch Krankheit verhinderten Geheimrats Karl Dr. Silberberg. In der Diskussion nahmen Karl Friedrich v. Siemens, Geheimrat Ernst v. Borjg, Vamners, Direktor Dr. Baummann, Rudolf Wöhm, Baurat Kiebert und Abt. Krowen das Wort zu grundsätzlichen Ausführungen. Das Ergebnis der Tagung fasste der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Duisberg, wie folgt zusammen:

Der Reichsverband der deutschen Industrie ist sich darüber klar, daß die Vermeidung eines wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruchs in allererster Linie eine Frage des Vertrauens in die Führung der Reichsregierung ist. Der Verlust des Reichsfinanzministers bringt die Industrie dieses Vertrauen entgegen.

In dem Inhalt der Notverordnung vom 5. Juni 1931 wurde eine Kritik geübt. Die entscheidenden Schritte, die Wirtschaft von den Fesseln zu befreien, die ihr durch die ungeheure Überbelastung mit öffentlichen Ausgaben und die falschen Methoden der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik aufgebürdet sind, müssen noch getan werden. Der Reichsverband behält sich vor, in einzelnen zu den Bestimmungen der Notverordnung Stellung zu nehmen. Eine dringende Aufgabe ist ferner das entschlossene Anpacken der Reparationsfrage. Ein Gögern der Reichsregierung in dieser Frage wird von der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes und von der gesamten deutschen Industrie nicht mehr verstanden. Die Reichsregierung muß im geeigneten Augenblick die Initiative ergreifen, die notwendig ist, um neue Verhandlungen in Gang zu setzen, eine baldige Lösung der Tributfrage und damit eine Erleichterung der untragbar gewordenen Lasten herbeizuführen. Die schnelle Lösung der Reparationsfrage ist nicht nur für den Bestand der deutschen Wirtschaft die notwendige Voraussetzung, sondern sie liegt auch im Interesse Europas und der Welt.

Vollentscheid in Preußen am 2. August

Das vom Stahlhelm eingebrachte Gesetz zur Auflösung des preussischen Landtags, das auf Grund des Volksbegehrens dem Landtag zugeleitet wird, muß vom Preussenhaufe in der zweiten Juliwoche behandelt werden. Es wird voraussichtlich abgelehnt werden. Daraufhin muß das Gesetz zum Volksentscheid gestellt werden. Die endgültige Entscheidung darüber, welcher Termin hierfür gewählt wird, ist noch nicht getroffen. Es wird sich aber um den ersten oder zweiten Sonntag im August handeln. In politischen Kreisen rechnet man damit, daß der Volksentscheid am 2. August stattfinden wird. Innenminister Seering hat übrigens in einer Versammlung angekündigt, daß die Neuwahlen zum Landtag, falls der Volksentscheid, wie er annimmt, nicht zum Ziele führt, am 15. Mai 1932 stattfinden soll. Demnach scheint die preussische Regierung von ihrer zeitweilig verfolgten Absicht, die Wahlen freiwillig im Herbst abzuschieben, abgesehen zu sein.

Im Getriebe der Weltpolitik

Weltpolitische Wochenchau.
Der Reparationsangriff. — Sonderbares „Wißverständnis“. — Oesterreich zwischen London und Paris. — Polens stille Eroberungen.

Als der Weltkongress sich dem Diktat der Regierung beugte und auf die Einberufung des Reichstages und des Reichshausaltensausschusses verzichtete, wußte man, daß die Revision, die von der Regierung eingeleitet wurde, weiter gefördert und nicht durch einen Regierungswechsel unterbrochen wird. Die deutschen Vorkämpfer aus Paris, Rom und Washington wurden nach Berlin gerufen, um dort Bericht zu erstatten und neue Instruktionen für den großen Reparationsangriff in Empfang zu nehmen, über den die Öffentlichkeit weiterhin nichts Näheres erfährt. Der amerikanische Aluminiumkönig Mellon hat sich nach London begeben, um mit Macdonald über die Revision und die Wirtschaftslage zu verhandeln. Da die englische Arbeiterregierung eine Revisionstrübe umgeben konnte, so wird der Verlauf der Revisionsarbeiten durch derartige Zwischenfälle vorerst nicht gestört.

In Deutschland herrschte inzwischen größte Aufregung. Überall wurden wilde Gerüchte von Nord und Revolution verbreitet. In West- und Norddeutschland kam es dabei zu kleineren Aufständen. Doch konnte überall die Polizei die Ruhe wieder herstellen.

In Frankreich hat die Linke, die schon bei der Präsidentschaftswahl von der Rechten geschlagen wurde, eine neue Niederlage erlitten. Es wurde nämlich der Koalition der Sozialisten zum Senatspräsidenten gewählt. Damit hat die Richtung Boucard-Lordien einen neuen Sieg errungen. Briand hielt nun zur Bekundigung bei dem Kriegsteilnehmerbankett in Goutdoun „als Soldat des Friedens“ eine Friedensrede, in der er der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß das „letzte Mißverständnis“ zwischen Deutschland und Frankreich sobald beseitigt sei.

Ein großes „Wißverständnis“, wenn auch nicht das letzte, bildet bekanntlich die Abrüstung. Wenn auch die französische Kammer es bewilligte, daß 20 Millionen Franken am Marinehaushalt getrieben werden, so ist das zwar eine schöne Geste, aber mit der wirklichen Abrüstung hat es herzlich wenig zu tun. Das Militärverständnis zwischen Frankreich und Russland, von dem man in der diplomatischen Welt munkelt, scheint übrigens der Abrüstung nicht förderlich zu sein.

Die Einladungen zur großen Weltabrüstungskonferenz im nächsten Jahre sind nun an die Staaten hinausgegangen. Amerika hat einen entscheidenden Schritt gegen die Franzosen getan, indem es in einer Note seine gesamten Rüstungen bekannt gab. Nun ist auch Frankreich dazu „moralisch“ gezwungen, seine Rüstungsreferenzen bekannt zu geben. Vielleicht werden wir mit einer großen Ullennote überrascht, die „verbesserte“ Zahlen und Schätzungen angibt.

Der Bankrott in Oesterreich hat zur Regierungstrübe geführt. Man sucht eben die Schuldigen, denen man die Verantwortung an dem Unglück zuschieben könne. Durch das Einkommen des 150 Millionen-Vorkaufes aus London hat sich die Lage wieder etwas entspannt. Die österreichische Regierung hat dabei die Haftung für 71 Millionen Schilling an Auslandsguthaben bei der Kreditbank übernommen. Im Hintergrund all dieser unerfreulichen Dinge lauert Frankreich, das sich durch sein Gold die Befallenhaft Oesterreichs erkaufen will und sich vor allem die Zustimmung geben lassen möchte, daß Oesterreich für immer auf die Position mit Deutschland verzichtet.

In Europa entfaltet Polen in letzter Zeit wieder eine erhöhte Tätigkeit. Diesmal aber geht es in aller Stille vor. Natürlich hat es Polen wieder auf Deutschland abgesehen. Da eine Reihe von deutschen Landwirten im Osten wegen der schlechten Wirtschaftslage ihre Betriebe verkaufen wollen, treten die Polen als Käufer in nicht zu unterschätzender Zahl auf, jedoch sich allmählich polnische Zellen im deutschen Osten bilden.

Litauen scheint eine Schwächung seiner bisherigen Außenpolitik vorzunehmen. Es will sich angeblich mehr „westlich“ orientieren. Wie sich das für Deutschland und das Memelgebiet auswirken soll, muß man erst abwarten.

Betragung Dr. Seipels mit der Kabinettsbildung

Wien, 19. Juni. Der Bundespräsident hat den Abgeordneten Bundeskanzler a. D. Dr. Seipel mit der Bildung der Regierung betraut. Dr. Seipel hat die Betragung angenommen und wird sofort die Verhandlungen mit allen Parteien aufnehmen. Die Bildung der neuen Regierung wird heute Abend erfolgen.

Die Verhandlungen Dr. Seipels.

Wien, 19. Juni. Nachdem der Bundespräsident den früheren Bundeskanzler Dr. Seipel mit der Bildung der Regierung betraut hat, Verhandlungen mit den Parteien über die Kabinettsbildung zu führen, hat Dr. Seipel die Besprechungen sofort aufgenommen. Dr. Seipel hatte sich zunächst bemüht, die Ansicht der Parteien über die Bildung eines Konzentrationkabinetts zu erkunden. Nachdem er sich im Christlichsozialen Club die Gesellschaft seiner Parteigenossen gesichert hatte, sprach er mit



